

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	15
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	17
<b>Literatur</b> .....	19
<b>1. Systematische Einordnung des Rechts der staatlichen Ersatzleistungen</b> .....	21
A. Aufgabe des Staatshaftungsrechtes.....	21
B. Standort der Staatshaftung in der Rechtsordnung.....	22
C. Standort der Staatshaftung innerhalb des öffentlichen Rechtes und der Bezug zum BGB.....	24
D. Beteiligte und Anspruchskonstellationen.....	25
E. Einordnung in das materiell- rechtliche und prozessuale Rechtsschutzsystem .....	26
I. Primär- und Sekundärebene.....	26
II. Vorrang des primären Rechtsschutzes (Primäransprüche).....	26
III. Eingreifen des sekundären Rechtsschutzes .....	27
F. Einzelne Ausprägungen .....	27
G. Anspruchsziele und Rechtsfolgen der Haftungstatbestände.....	32
H. Die einzelnen Anspruchsziele .....	32
I. Unterscheidung von Schadensersatz und Entschädigung .....	32
II. Abgrenzung von Ansprüchen auf Schadensersatz- und Entschädigung gegenüber Abwehr- und Wiederherstellungsansprüchen .....	33
I. Die Rechtsgrundlagen .....	39
J. Rechtspolitische Situation.....	40
K. Prozessuale Durchsetzung der Ansprüche.....	41
L. Übersicht: Vorgehen bei staatshaftungsrechtlichen Fragestellungen.....	42
M. Fragen und Antworten .....	44
<b>2. Der Öffentlich-rechtliche Anspruch auf Unterlassung und Folgenbeseitigung</b> .....	46
A. Verhältnis der Ansprüche auf Unterlassung und Folgenbeseitigung zueinander.....	46
B. Der (schlichte vorbeugende) Unterlassungsanspruch.....	47
I. Inhalt und praktische Funktion.....	47
II. Einordnung in das Anspruchssystem des Staatshaftungsrechts.....	48
III. Prüfungsfolge.....	48
C. Bedeutung und Funktion des Folgenbeseitigungs- und Unterlassungsanspruchs.....	49

## Inhalt

D. Wesen und Anspruchsziel des öffentlich-rechtlichen Unterlassungs- anspruches und des öffentlich-rechtlichen Folgenbeseitigungs- anspruches.....	51
E. Einordnung in die Struktur des Staatshaftungsrechtes.....	52
F. Prüfungsstruktur des Unterlassungs- und Folgenbeseitigungs- anspruches (UA/FBA) .....	53
I. Rechtsgrundlage.....	54
II. Anwendbarkeit.....	54
III. Anspruchsvoraussetzungen.....	55
IV. Rechtsfolgen.....	65
G. Grund für den eigenständigen Folgenbeseitigungsanspruch im Öffentlichen Recht .....	69
H. Spezielle Ausprägungen des Unterlassungs- und Folgenbeseitigungs- anspruches.....	70
I. Fallgruppen mit Schwerpunkt des Unterlassungselements.....	70
II. Fallgruppen mit Schwerpunkt der Folgenbeseitigung .....	72
I. Prozessuale Fragen.....	77
J. Fragen und Antworten .....	77
<b>3. Der öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch.....</b>	<b>80</b>
A. Inhalt, Anspruchsziel und Anspruchskonstellationen.....	80
B. Einordnung in das System des Staatshaftungsrechts und Verhältnis zu anderen Ansprüchen.....	81
C. Spezialgesetzliche Regelungen des Erstattungsanspruches.....	83
D. Der Allgemeine öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch .....	84
I. Rechtsgrundlage: Gewohnheitsrecht.....	84
II. Anwendbarkeit: Subsidiarität; planwidrige Regelungslücke .....	85
III. Voraussetzungen.....	85
IV. Rechtsfolgen.....	90
E. Prozessuale Fragen.....	95
F. Fragen und Antworten .....	97
<b>4. Amtshaftung 1 – Herleitung und Struktur des Amtshaftungs- anspruches.....</b>	<b>99</b>
A. Bedeutung und rechtliche Qualifizierung des Amtshaftungsanspruches .....	99
B. Historische Entwicklung des Schadensersatzanspruches aus Amtshaftung.....	99
C. Inhalt des Anspruchs .....	101
D. Konsequenzen aus der Konstruktion der Amtshaftung als eine mittelbare Staatshaftung .....	101
E. Die Anspruchsgrundlagen für den Schadensersatz aus Amtshaftung bei hoheitlichem und fiskalischen (zivilrechtlichen) Handeln.....	102

F. Die Rechtsgrundlage bei hoheitlichem Handeln: Modifizierung des § 839 BGB durch Art. 34 GG .....	104
G. Der Amtshaftungsanspruch als deliktischer Schadensersatzanspruch.....	106
H. Der Anwendungsbereich des Anspruchs auf Schadensersatz aus Amtshaftung bei hoheitlichem Handeln, § 839 BGB, Art. 34 GG.....	110
I. Sonderregelungen.....	110
II. Reichweite der Garantie von Art. 34 GG .....	111
III. Möglichkeit des gänzlichen Ausschlusses der Amtshaftung? .....	112
I. Das Haftungssystem bei der Amtshaftung.....	112
J. Der Rückgriff des Dienstherrn gegen den Amtswalter (Regress) bei hoheitlichem Handeln, Art. 34 Satz 2 GG .....	116
K. Fragen und Antworten .....	117
<b>5. Amtshaftung 2 – Der Amtshaftungsanspruch einer Privatperson gegen den Hoheitsträger auf Schadensersatz, § 839 BGB i. V. m. Art. 34 Satz 1 GG.....</b>	<b>119</b>
A. Anspruchsziel und Anspruchsinhalt.....	119
B. Einordnung in das Staatshaftungsrecht und Verhältnis zu anderen Ansprüchen.....	119
C. Einordnung in die Systematik Haftungsrechtes des BGB.....	120
D. Anwendbarkeit .....	120
E. Anspruchsgrundlage .....	120
F. Tatbestandsvoraussetzungen und Haftungsüberleitung .....	121
I. Voraussetzungen .....	121
II. Haftungsüberleitung, haftender Verwaltungsträger, Art. 34 Satz 1 GG.....	158
G. Rechtsfolge: Schadensersatz in Geld, §§ 249 ff. BGB .....	161
H. Prozessuale Fragen.....	162
I. Exkurs: Amtshaftung auch zwischen Hoheitsträgern? .....	163
J. Fragen und Antworten .....	164
<b>6. Amtshaftung 3 – Vertiefende Hinweise zu den Tatbestands- merkmalen „Privatpersonen als Amtswalter“ und „Ausübung eines öffentlichen Amtes“.....</b>	<b>175</b>
A. Privatpersonen, die hoheitlich als Amtswalter tätig sein können .....	175
I. Wortlaut.....	175
II. Fallgruppen möglicher Amtswalter.....	176
B. Die Ausübung eines öffentlichen Amtes .....	194
I. Systematische Einordnung.....	194
II. Begriff des öffentlichen Amtes.....	195
III. Fallgruppen der Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes .....	195

## Inhalt

IV. Maßnahmen im Bereich der Leistungsverwaltung .....	196
V. Realhandlungen, schlicht-hoheitliche Verwaltung .....	196
C. Fragen und Antworten .....	200
<b>7. Ansprüche aus Gefährdungshaftung.....</b>	<b>202</b>
A. Einordnung in das System der staatlichen Ersatzleistungen .....	202
B. Gefährdungshaftung bei hoheitlichem Handeln.....	202
C. Gesetzliche Regelungen.....	202
D. Anspruchsziel und Anspruchsinhalt .....	203
E. Verhältnis zu anderen Schadensersatzansprüchen und zum Aufopferungsrecht.....	204
F. Konstellationen.....	204
G. Tatbestandsvoraussetzungen .....	205
H. Rechtsfolgen.....	205
I. Prozessuale Fragen.....	205
J. Fragen und Antworten zu Ansprüchen aus Gefährdungshaftung .....	205
<b>8. Haftung von Hoheitsträgern aus verwaltungsrechtlicher Sonder- verbindung (quasi-vertragliche oder vertragsähnliche öffentlich- rechtliche Rechtsbeziehung).....</b>	<b>207</b>
A. Begriff .....	207
B. Anspruchskonstellationen .....	208
C. Einschlägige Haftungsvorschriften und Einordnung in das System des Staatshaftungsrechts.....	208
D. Der Haftungsgrund: öffentlich-rechtliches Schuldverhältnis mit spezifischen Rechten und Pflichten .....	208
I. Handlungsformen des Staates und Wahlfreiheit der Handlungsform .....	208
II. Das quasi-vertragliche oder vertragsähnliche Schuldverhältnis (öffentlich-rechtliche Sonderverbindung) .....	210
III. Öffentlich-rechtliche Benutzungs- und Leistungsverhältnisse bei öffentlichen Einrichtungen und Betrieben.....	214
IV. Die öffentlich-rechtliche Verwahrung .....	218
V. Personale Sonderbeziehungen zwischen Privatpersonen und Hoheitsträgern.....	220
E. Prozessuale Fragen.....	221
I. Haftungsgegner.....	221
II. Rechtswegfragen.....	222
F. Verhältnis zu anderen Ansprüchen.....	223
G. Fragen und Antworten .....	223

<b>9. Ansprüche aus öffentlich-rechtlicher Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA) .....</b>	<b>228</b>
A. Einordnung in das System des Rechts der staatlichen Ersatzleistungen .....	228
B. Anspruchsgrundlage .....	228
C. Inhalt, Anspruchsziel und Grundproblematik .....	228
D. Verhältnis zu anderen öffentlich-rechtlichen Ansprüchen.....	229
E. Konstellationen von Anspruchsstellern und Anspruchsgegnern .....	229
F. Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Regelungen über die GoA aus §§ 677 ff. BGB im öffentlichen Recht.....	230
G. Konstellation 1: Hoheitsträger handelt für einen anderen Hoheitsträger (Verhältnis zwischen Verwaltungsträgern) .....	230
I. Eilfälle und Notlagen .....	231
II. Auch-fremdes Geschäft.....	232
H. Konstellation 2: Hoheitsträger handelt für eine Privatperson .....	233
I. Konstellation 3: Eine Privatperson handelt für einen Hoheitsträger.....	236
J. Tatbestandsvoraussetzungen der öffentlich-rechtlichen GoA in der Konstellation einer Privatperson, die für eine Behörde handelt.....	238
I. Anwendbarkeit der öffentlich-rechtlichen GoA .....	238
II. Öffentlich-rechtlicher Charakter der Geschäftsbesorgung (in Abgrenzung zu einer privatrechtlichen Geschäftsbesorgung).....	239
III. Fremdes Geschäft: objektiv fremde Geschäftsführung .....	240
IV. Fremdgeschäftsführungswille .....	240
V. Handeln ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung.....	240
VI. Berechtigung (berechtigte Übernahme der Geschäftsführung) .....	240
K. Rechtsfolgen der öffentlich-rechtlichen GoA .....	241
I. Bei berechtigter GoA: Aufwendungsersatz, Schadensersatz .....	241
II. Bei unberechtigter GoA: Schadensersatz gegenüber dem Geschäftsführer .....	242
L. Prozessuale Fragen.....	242
M. Fragen und Antworten .....	243
<b>10. Aufopferungsrecht 1 – Überblick über staatliche Ersatzleistungen in Form von Aufopferungsentschädigung (bei Eingriffen materielle und immaterielle Güter) .....</b>	<b>245</b>
A. Begriff und Grundgedanke .....	245
B. Einordnung der Entschädigungsleistungen in das System des Staatshaftungsrechtes.....	245
C. Unterscheidungskriterien bei der Ermittlung einzelner Ansprüche aus Aufopferung.....	246
D. Historischer Ursprung und Entwicklung des Aufopferungsprinzips .....	247
I. Entwicklung des allgemeinen Aufopferungsgedankens .....	247

## Inhalt

II. Entwicklung des Aufopferungsprinzips bezogen auf materielle Rechtsgüter (Art. 14 GG) .....	248
III. Fortentwicklung der Haftungsinstitute durch zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes .....	251
IV. Die aktuelle Rechtslage zum Aufopferungsprinzip bezogen auf Art. 14 GG .....	254
E. Historische Entwicklung des Aufopferungsprinzips bezogen auf Zugriffe auf immaterielle Rechtsgüter, Art. 2 Abs. 2 GG .....	255
F. Prüffolge der Entschädigungsregelungen bei hoheitlichen Eingriffen .....	256
G. Heutige Ausprägungen des Aufopferungsgewohnheitsrechts .....	256
H. Abgrenzungskriterien .....	257
I. Fragen und Antworten .....	258
J. Schaubild zur Systematik der Ansprüche aus Ausopferung .....	260
<b>11. Aufopferungsrecht 2 – Ansprüche auf Entschädigung aus Aufopferung wegen der Beeinträchtigung immaterieller Rechtsgüter (Aufopferung im engeren Sinne) .....</b>	<b>261</b>
A. Einordnung in die Systematik des öffentlich-rechtlichen Entschädigungsrechtes .....	261
I. Begriff der Aufopferung im weiteren und engeren Sinne .....	261
II. Einordnung in das Allgemeine Aufopferungsrecht .....	261
III. Anspruchsziel des Entschädigungsanspruchs wegen Aufopferung im engeren Sinn (Art. 2 Abs. 2 GG) .....	262
IV. Herleitung des Entschädigungsanspruches wegen Aufopferung aufgrund von Eingriffen in immaterielle Rechtsgüter .....	262
V. Historische Entwicklung .....	263
B. Prüffolge: Entschädigungsanspruch aus Aufopferung im engeren Sinne (aufopfernde und aufopferungsgleiche Eingriffe) .....	263
I. Rechtsgrundlage .....	263
II. Anwendbarkeit: planwidrige Regelungslücke im geschriebenen Recht .....	264
III. Tatbestandsvoraussetzungen .....	265
IV. Rechtsfolge: Entschädigung in Geld .....	271
C. Prozessuale Fragen .....	271
D. Konkurrenzen .....	272
E. Fragen und Antworten .....	272
F. Synopse: Aufopfernder und aufopferungsgleicher Eingriff .....	274
<b>12. Eigentum 1 – Die verfassungsrechtliche Gewährleistung des Eigentums als Voraussetzung für Entschädigungsansprüche für Zugriffe auf das Eigentum (Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG) .....</b>	<b>277</b>
A. Systematische Hinweise .....	277

B. Begriff und Einordnung des Eigentums .....	277
C. Schutzbereich des Eigentumsgrundrechtes, Art. 14 Abs. 1 GG .....	278
I. Persönlicher Schutzbereich .....	278
II. Sachlicher Schutzbereich .....	278
III. Dem Schutzbereich zugeordnete Elemente.....	278
D. Grenzen des Schutzbereichs.....	281
E. Verfassungsrechtlich zulässige Zugriffsmöglichkeiten.....	281
F. Hoheitliche Zugriffe, die Entschädigungsleistungen auslösen können .....	282
G. Verhältnis zu Art. 12 GG.....	283
H. Fragen und Antworten .....	283
<b>13. Eigentum 2 – Struktur des Eigentumsschutzes, hoheitliche Zugriffe und mögliche Entschädigungsleistungen durch Hoheitsträger.....</b>	<b>285</b>
A. Grundrechtliche Zugriffsmöglichkeiten .....	285
B. Inhalts- und Schrankenbestimmungen des Eigentums, Art. 14 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 GG .....	286
C. Enteignung, Art. 14 Abs. 3 GG .....	289
D. Entschädigungsansprüche.....	290
E. Rechtsformen der Enteignung nach Art. 14 Abs. 3 GG .....	291
F. Fragen und Antworten .....	297
G. Schaubild: Art. 14 GG – Enteignung und Inhaltsbestimmung – Entschädigungsfragen .....	300
<b>14. Eigentum 3 – Entschädigung für Zugriffe auf Art. 14 Abs. 1 GG jenseits der Enteignung; Fallgruppe 1 – Entschädigungsanspruch wegen ausgleichspflichtiger Inhalts- und Schrankenbestimmung .....</b>	<b>301</b>
A. Einordnung in die Systematik des öffentlich-rechtlichen Entschädigungsrechtes .....	301
I. Systematik des Grundgesetzes .....	301
II. Sinn und Zweck der Differenzierung .....	301
III. Der grundgesetzlich nicht geregelte Bereich ausgleichspflichtiger Inhalts- und Schrankenbestimmungen .....	302
IV. Ausfüllung der Regelungslücke durch die Rechtsprechung.....	302
V. Folge.....	302
VI. Wesen der ausgleichspflichtigen Inhalts- und Schrankenbestimmung.....	303
VII. Fallgruppen der ausgleichspflichtigen Inhalts- und Schrankenbestimmung.....	304
B. Prüffolge der Rechtmäßigkeit einer Inhalts- und Schrankenbestimmung.....	306
I. Überblick .....	306
II. Rechtsgrundlage.....	306

III. Voraussetzungen.....	306
IV. Rechtsfolgen.....	309
V. Verjährung.....	310
VI. Verfahrensfragen .....	310
VII. Verhältnis zu anderen Entschädigungs- und Schadensersatzansprüchen .....	310
C. Fragen und Antworten .....	311
<b>15. Eigentum 4 – Entschädigung für Zugriffe auf Art. 14 Abs. 1 GG jenseits der Enteignung; Fallgruppe 2 – Entschädigungs- anspruch wegen eines enteignungsgleichen Eingriffs .....</b>	<b>312</b>
A. Einordnung in die Systematik des öffentlich-rechtlichen Entschädigungsrechtes .....	312
B. Begriff und Inhalt.....	313
C. Verfassungsrechtliche Herleitung.....	313
D. Prüfungsfolge.....	313
I. Rechtsgrundlage: Gewohnheitsrecht.....	313
II. Anwendbarkeit: Subsidiarität und planwidrige Regelungslücke .....	314
III. Voraussetzungen.....	314
IV. Rechtsfolge .....	317
V. Verjährung.....	318
E. Prozessuale Fragen.....	318
F. Verhältnis zu anderen Ansprüchen.....	318
G. Fragen und Antworten .....	319
<b>16. Eigentum 5 – Entschädigung für Zugriffe auf Art. 14 Abs. 1 GG jenseits der Enteignung; Fallgruppe 3 – Entschädigungs- anspruch wegen Enteignenden Eingriffs .....</b>	<b>321</b>
A. Einordnung in die Systematik des öffentlich-rechtlichen Entschädigungsrechtes .....	321
I. Begriff.....	321
II. Abgrenzung von den übrigen Entschädigungsansprüchen.....	321
III. Verfassungsrechtliche Herleitung des enteignenden Eingriffs .....	323
B. Prüfungsfolge.....	323
I. Rechtsgrundlage: Gewohnheitsrecht.....	324
II. Anwendbarkeit: Subsidiarität und planwidrige Regelungslücke im geschriebenen Recht.....	324
III. Voraussetzungen.....	325
IV. Rechtsfolge .....	329
V. Verjährung.....	329
C. Prozessuale Fragen.....	329
D. Verhältnis zu anderen Ansprüchen.....	329



E. Fragen und Antworten .....	330
F. Synopse: Enteignungsgleicher und Enteignender Eingriff (Rechtsgut Eigentum Art. 14 GG) .....	332
<b>17. Eigentum 6 – Ansprüche auf Entschädigung wegen Enteignung, Art. 14 Abs. 3 GG (verfassungsrechtlich geregelter Fall der Aufopferung für das gemeine Wohl).....</b>	<b>336</b>
A. Systematische Einordnung.....	336
B. Prüffolge.....	336
I. Hinweise zur Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Enteignung.....	336
II. Begriffliches Vorliegen einer Enteignung .....	338
III. Rechtmäßigkeit einer Administrativenteignung: Zwei staatliche Maßnahmen .....	342
IV. Rechtmäßigkeit einer Legal-Enteignung (Enteignung direkt durch Gesetz).....	349
C. Anspruchsberechtigte und Anspruchsverpflichtete .....	349
D. Verjährung .....	350
E. Prozessuale Fragen.....	350
I. Streitgegenstände .....	350
II. Primärrechtsschutz: Vorgehen gegen die Enteignung.....	350
III. Sekundärrechtsschutz: Streit um Höhe der Entschädigung .....	350
F. Fragen und Antworten .....	351
<b>18. Entschädigungsansprüche nach dem Polizei- und Ordnungsrecht (Gesetzlich geregelte Fälle der Aufopferung für das gemeine Wohl).....</b>	<b>353</b>
A. Inhalt und Anspruchsziel .....	353
B. Einordnung in das System des Rechts der staatlichen Ersatzleistungen; Konkurrenz zu anderen Ansprüchen .....	353
C. Anspruchsgrundlagen .....	354
I. Auszug aus dem Sächsischen Polizeibehördengesetz.....	354
II. Auszug aus dem Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetz.....	356
III. Auszug aus dem Bundespolizeigesetz.....	358
D. Anspruchskonstellationen und Fallgruppen.....	359
E. Tatbestandsvoraussetzungen für einen Entschädigungsanspruch bei rechtmäßigen Maßnahmen der Polizeibehörden.....	360
I. Ermittlung der einschlägigen Rechtsgrundlage im Polizeigesetz .....	360
II. Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahme.....	360
III. In Anspruch genommener Adressat der Maßnahme .....	361
IV. Schaden.....	367
V. Kausalität zwischen der polizeilichen Maßnahme und dem eingetretenen Schaden.....	367

## Inhalt

VI. Kein Ausschlusstatbestand bzw. keine Einschränkung des Umfanges der Entschädigung .....	367
F. Tatbestandsvoraussetzungen für einen Entschädigungsanspruch bei rechtswidrigen Maßnahmen der Polizeibehörden .....	368
I. Ermittlung der einschlägigen Rechtsgrundlage im Polizeigesetz.....	368
II. Rechtswidrigkeit der polizeilichen Maßnahme .....	369
III. Betroffener der rechtswidrigen Maßnahme .....	370
IV. Schaden .....	370
V. Kausalität zwischen der polizeilichen Maßnahme und dem eingetretenen Schaden.....	370
VI. Kein Ausschlusstatbestand bzw. keine Einschränkung des Umfanges der Entschädigung .....	370
VII. Zusammenfassung .....	371
G. Rechtsfolgen.....	371
H. Prozessuale Fragen.....	372
I. Fragen und Antworten .....	373
<b>19. Haftung wegen Verstößen gegen Europäisches Unionsrecht.....</b>	<b>375</b>
A. Einordnung in das Staatshaftungsrecht und Haftungskonstellationen .....	375
B. Konstellation 1: Vertragliche Haftung der Europäischen Union gegenüber Privatpersonen.....	376
C. Konstellation 2: Außervertragliche (deliktische) Haftung der Europäischen Union gegenüber Privatpersonen .....	376
I. Vergleich zur deutschen Amtshaftung.....	376
II. Rechtsgrundlage für die Haftung.....	377
III. Voraussetzungen.....	377
IV. Rechtsfolge: Schadensersatz .....	378
V. Prozessuale Geltendmachung .....	379
D. Konstellation 3: Haftung der Mitgliedstaaten gegenüber Privatpersonen (gemeinschaftsrechtlicher Staatshaftungsanspruch) .....	379
I. Einordnung in das System des Staatshaftungsrechts .....	379
II. Rechtsgrundlage für die Haftung.....	379
III. Voraussetzungen.....	380
IV. Rechtsfolge: Schadensersatz .....	383
V. Verjährung .....	384
VI. Prozessuale Geltendmachung .....	384
E. Hinweise für Erstellung von Gutachten.....	384
F. Fragen und Antworten .....	385
<b>Sach- und Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>387</b>